

Zeit für Protest

Parteizeitung der REPUBLIKANER – Ausgabe Dezember 2008 (Nr. 12/08)

Stoppt den Linksruck in Hessen!



Volksfront, Schwarz-Grün und Jamaika verhindern – Republikaner wählen.

Hessen steht vor einer Schicksalswahl:

Am 18. Januar entscheidet sich, ob das Land noch weiter nach links driftet oder ob in Wiesbaden endlich wieder vernünftig regiert wird.

Von den „bürgerlichen Parteien“ ist nicht viel zu erwarten: So wie die SPD mit den Kommunisten von der „Linkspartei“, haben sich CDU und FDP längst an die Grünen angebedient. Hauptsache, an die Macht, egal, was dann aus Hessen wird. Wer die Wende zu einer besseren Politik will, ohne linke Ideologen ans Ruder zu bringen, hat dennoch eine Wahl: Die Republikaner. Eine soziale, patriotische und konservative Partei, die ihre Wahlversprechen hält. Nur die Republikaner werden sich garantiert nicht mit Grünen und Kommunisten einlassen.

Geben Sie sich einen Ruck – stimmen Sie gegen den Linksruck. Wer die rot-rote Volksfront, Schwarz-Grün oder „Jamaika“ verhindern will, wählt am 18. Januar Die Republikaner.

Rettet OPEL vor den US-Pleitegeiern!

Opel gehört in deutsche Hand. Das steht spätestens seit dieser Wirtschaftskrise fest. Sonst wird dieser hessische Traditions-Autobauer im Pleitestrudel der unfähigen General-Motors-Manager mit in den Abgrund gerissen.



Bund und Land dürfen nicht tatenlos zusehen, wenn bei einer Insolvenz des amerikanischen Mutterkonzerns auch Opel in Schieflage gerät, weil GM seiner deutschen Tochter noch Milliarden Euro schuldet. Aber Bürgschaften allein, wie sie Ministerpräsident Koch versprochen hat, reichen nicht. Es muß alles dafür getan werden, daß Opel unabhängig wird und auf eigenen Füßen steht. Sonst versickert das Geld der deutschen Steuerzahler nur im amerikanischen Desaster und die heimischen Arbeitsplätze sind trotzdem in Gefahr.

Eine Trennung von Opel und General Motors ist wegen der globalen Verflechtungen des Konzerns schwierig, aber nicht unmöglich! Vorausgesetzt, man hat Tatkraft und Willen dazu, verhandelt energisch und hat die Unterstützung einer Regierung mit strategischem Weitblick.

Französische Politiker können das, wenn sie „nationale Champions“ schmieden und mit strategisch kluger Industriepolitik dafür sorgen, daß ihren heimischen Unternehmen im internationalen Wettbewerb wichtige Türen geöffnet werden. Warum sollten deutsche Politiker das nicht können?

Die Republikaner im hessischen Landtag werden den Verantwortlichen in Bund und Land gerne auf die Sprünge helfen.

Auf schwarz-grünen Socken



Roland Koch ist in Sachen Wortbruch auch nicht besser als Andrea Ypsilanti. Vor der letzten Landtagswahl wollte er noch „Al-Wazir verhindern“; kaum war die Mehrheit futsch, bettelte er bei dem Ober-Grünen um eine Koalition. Wenn Hessen Pech hat, droht beim nächsten Mal eine schwarz-gelb-grüne Regierung oder sogar schwarz-grün ohne die FDP.

Wo das hinführt, kann man in Hamburg studieren: Da hat sich die CDU zum Mehrheitsbeschaffer und Steigbügelhalter der Grünen gemacht, die jetzt alle ihre ideologischen Projekte verwirklichen dürfen.

Den Grünen zuliebe darf ein CDU-Bürgermeister die Schwulenfahne vor dem Rathaus hissen, homosexuelle „Aufklärung“ für Jugendliche an den Schulen fördern und den Einwandereranteil an den öffentlich Bediensteten schrittweise auf zwanzig Prozent erhöhen. Die CDU begnügt sich als Gegenleistung mit ein paar Verkehrsprojekten.

Besonders hart trifft es die Schulkinder in Hamburg: Grün-Schwarz macht sie zu Versuchskaninchen von erwiesenermaßen unsinnigen linken Bildungsexperimenten wie der sechs-jährigen Grundschule.

Wer Hessen solchen Unfug ersparen möchte, sollte daher weder grün noch schwarz wählen, sondern am besten die einzige echte konservative Partei auf dem Stimmzettel: Die Republikaner.

Kommentar ...

Importierter Anti- semitismus

Die größte Gefahr für das jüdische Leben in Deutschland geht heute vom importierten Antisemitismus islamischer Einwanderer aus.

In ihrer Fixiertheit auf die NS-Zeit und die Umtriebe neonazistischer Wirmköpfe vergessen Politiker der Altparteien diese traurige Tatsache gerne.

Das Gedenken an den 70. Jahrestag der sogenannten „Reichskristallnacht“ war dafür symptomatisch. Es mutet seltsam an, daß ausgerechnet der Zentralrat der Juden, der Personen des öffentlichen Lebens sonst gerne für Nuancen ihres Sprachgebrauchs maßregelt, dieses ernste Problem praktisch ignoriert.

Dabei liegt die Verurteilung eines jungen Afghanen, der im vergangenen Jahr einen Frankfurter Rabbiner wegen seines Judentums beschimpft, niedergestochen und lebensgefährlich verletzt hatte, gerade einmal ein halbes Jahr zurück. Der Zentralrat muß sich fragen lassen, wie ernst es ihm mit der Vertretung jüdischer Interessen in Deutschland tatsächlich ist.

Auch der Bundestag hat mit seiner gemeinsamen Antisemitismus-Resolution die große Chance verpaßt, der Herausforderung durch den islamistisch motivierten Judenhaß entschlossen entgegenzutreten. Offensichtlich war den Akteuren die Einheitsfront mit den Kommunisten wichtiger als ein unverstellter Blick auf die Realität.

Die deutsche Demokratie beruht nämlich nicht auf einem „antifaschistischen Konsens“, wie der „Linke“-Fraktionschef Gysi in Fortsetzung eingefahrener kommunistischer Denkmuster behauptet, sondern auf einem antitotalitären Grundkonsens, der Links-, Rechts- und Islamextremismus gleichermaßen bekämpft.

Auszug der Sozialdemokraten



„Ich sollte entmannt werden.“ Drastischer als Wolfgang Clement hat selten ein vergraulter Sozialdemokrat mit seiner Partei abgerechnet. Auf ihrem Weg in die Volksfront mit der „Linkspartei“ gleicht die SPD mehr und mehr einer fragwürdigen Polit-Sekte.

Klar, daß sich Andrea Nahles freut: Die Vernünftigen verlassen die SPD, die Ideologen vom linken Flügel bleiben allmählich unter sich. Daß man dort seltsame Vorstellungen von Meinungs- und Gewissensfreiheit hat, mußten schon die vier hessischen Sozialdemokraten erfahren, die Ypsilantis Liaison mit den Kommunisten beendet hatten. Der Umgang mit diesen „Abweichlern“ brachte die SPD mehrmals in bedenkliche Nähe zum Verfassungsbruch.

Nun also Clement. Der wollte sich nicht gefallen lassen, daß man in der SPD für eigene Meinungen entweder gerügt oder gleich rausgeschmissen wird. Die Abgrenzung der SPD zu den Linksextremisten bröckelt – auch der Stil erinnert immer mehr an eine intolerante Kaderpartei.

Schießbefehl gegen Wikipedia

Wenn Honecker und Mielke das noch erlebt hätten – drei Tage lang hat ihr Genosse Lutz Heilmann, Bundestagsabgeordneter der „Linkspartei“, die deutsche Adresse des freien Internet-Lexikons „Wikipedia“ sperren lassen.

Heilmann hatte sich geärgert, daß in dem Lexikon-Artikel über ihn eine Passage über seine Tätigkeit für die „DDR“-Stasi enthalten war, die er seinem Landesverband Schleswig-Holstein verschwiegen hatte, um überhaupt aufgestellt zu werden.

Also erwirkte er eine einstweilige Verfügung gegen den Betreiber der Seite www.wikipedia.de, die die Weiterleitung auf de.wikipedia.org untersagte. Dort, auf dem amerikanischen Zentralserver, war der Artikel zwar weiterhin zu lesen – jeder, der „Lutz Heilmann“ in eine Suchmaschine eintippte, kam mühelos dahin. Der Altkommunist hatte ein klassisches Eigentor geschossen.

Jetzt kannte die ganze Republik Lutz Heilmann, aber seinen Genossen wurde die Sache denn doch etwas peinlich. „Mir ging es dabei keineswegs um Zensur“, behauptete Heilmann im nachhinein. Wer's glaubt.

Dem Genossen fehle offenbar das technische Verständnis für das Internet, versuchte der Medienexperte der Linkspartei im sächsischen Landtag abzuwiegeln. Aber Ignoranz hat Zensoren ja noch nie bremsen können – im Gegenteil.



Jobexport hat Hochkonjunktur

Eine Branche gibt es in Deutschland, die hat derzeit keine Konjunkturprobleme, sondern blüht in der Krise erst richtig auf: Der Arbeitsplatzexport. Wenn es bei den Banken kriselt, ist die Politik schnell mit großzügigen Hilfsprogrammen bei der Hand. Dem Jobabbau im ganzen Land schaut man stillschweigend zu.

Ein Beispiel von vielen: Der Automobilzulieferer Continental streicht in seiner Tacho-Fabrik im südhessischen Babenhausen bis Ende 2012 jede dritte Stelle. 371 von 1100 Stellen werden nach Tschechien oder Rumänien verlagert.

Das ist nicht so spektakulär wie der Beinahe-Zusammenbruch einer Bank. Für Babenhausen, für Südhessen, ist es trotzdem schlimm genug. Conti ist ja auch kein Einzelfall. Jahr für Jahr verschwinden gute Jobs aus Deutschland in osteuropäische Billiglohnländer. Die Unternehmen profitieren nicht nur von niedrigeren Löhnen, sondern auch von großzügigen Subventionen, die nicht selten aus allerlei EU-Förderprogrammen und damit vom deutschen Steuerzahler mitfinanziert werden.

Die Wirtschaftskrise wäre ein guter Anlaß, diesem EU-Wahnsinn endlich ein Ende zu setzen.



Wege aus dem Pflege- Desaster

Bis 2025 wird der Bedarf an Pflegeplätzen in Deutschland um 60 Prozent steigen. Die moderne Medizin läßt die Lebenserwartung steigen, aber auch die Wahrscheinlichkeit, im hohen Alter pflegebedürftig zu werden, etwa durch Demenzerkrankungen. Die Republikaner fordern einen Leitplan „Altern in Würde“ für die nächsten zwanzig Jahre, damit die Sozialpolitik auf diese Herausforderung vorbereitet ist.

Ein Pflegeplatz kostet heute im Durchschnitt 3.980,00 Euro im Monat. Die Durchschnittsrente liegt jedoch bei ca. 1.100 Euro. Angesichts dieser erheblichen Deckungslücke ist bei einer Bedarfssteigerung von 60 Prozent der Kollaps der von den Arbeitnehmern finanzierten Pflegeversicherung absehbar. Dagegen wird die familiäre Pflege in Städten wie München mit 60 Prozent Single-Haushalten in Zukunft kaum eine Rolle spielen. Auch auf dem Land ist sie auf dem Rückzug.

Dem deutschen Steuerzahler können die steigenden Kosten nicht mehr aufgebürdet werden. Zum einen würde ein weiterer Anstieg der Sozialabgaben dazu führen, daß Arbeit und Leistung sich für junge Menschen nicht mehr lohnen. Darüber hinaus wird sich infolge der demographischen Entwicklung die Zahl der Berufstätigen, die dafür zur Kasse gebeten werden können, in den nächsten zwanzig Jahren um 17 Prozent reduzieren.

Neue Konzepte sind also gefragt. Die Pflege im vertrauten Umfeld muß wieder größeren Stellenwert erhalten. Schließ-

lich will kaum ein älterer Mensch freiwillig den Lebensabend in einem Pflegeheim verbringen. Die Statistik zeigt, daß über 80 Prozent aller Pflegeplätze bereits heute mit über 80jährigen Menschen belegt sind. Die durchschnittliche Verweildauer wird zwischen 11,5 bis 14 Monaten ausgewiesen. Das heißt, viele Menschen sterben oft schon nach einigen Tagen oder Wochen, da sie diesen gravierenden Einschnitt nicht verkraften.

Denkbar ist etwa eine Förderung von „Alten-Wohngemeinschaften“ und von Mehr-Generationen-Wohnformen, in denen sich Menschen mit unterschiedlichem Leistungsstandard gegenseitig unterstützen. Jetzt schon muß bei Baumaßnahmen die künftige Alterung der Bevölkerung berücksichtigt werden.

Ein Pflege-Desaster kann nur vermieden werden, wenn der Gesetzgeber schnellstens neue Voraussetzungen schafft. Die Republikaner sind bereit, ihre Konzepte und Ideen in den dringend benötigten Leitplan einzubringen.

Johann Gärtner

Kommentar ...

Steuern runter! jetzt!

Es gibt nur ein Konjunkturprogramm, das wirklich funktioniert: Steuersenkungen.

Eine Entlastung der arbeitenden Bevölkerung stärkt die Binnenkaufkraft und bringt mehr als Strohfeuer-Subventionen für einzelne Branchen.

Die Republikaner fordern deshalb die sofortige Senkung der Mehrwertsteuer. Vorbild ist Großbritannien, wo man die ökonomischen Zusammenhänge offenkundig besser versteht als in Berlin. Da die große Koalition es nicht geschafft hat, die Einnahmen aus ihrem Mehrwertsteuer-Raubzug zur Konsolidierung der Staatsfinanzen zu nutzen, soll sie diese Beute zur Ankurbelung der Wirtschaft wieder zurückgeben.

Eine wirksame Senkung der Einkommensteuer und die Abschaffung des Solidaritätszuschlags wären weitere wichtige Signale an die arbeitende Bevölkerung, die sich aus Angst vor Inflation und Arbeitsplatzverlust immer drastischer einschränken muß.

Wenn der Bundeshaushalt kritisch auf unnötige Klientelversorgung von Randgruppen und Lobbyisten der Sozialindustrie durchforstet wird, wenn überdimensionierte ideologische Projekte wie das Krippenprogramm auf Eis gelegt und die Milliardenzahlungen für den EU-Apparat und Auslandseinsätze der Bundeswehr überprüft werden, finden sich mit Sicherheit Spielräume, um eine Steuersenkung auch ohne zusätzliche Neuverschuldung gegenzufinanzieren.

Das nationale Hemd muß uns in dieser Situation näher sein als die europäische oder globale Hose.



Europäische ★★★ Allmachtsträume

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise ruft auch auf europäischer Ebene die Krisengewinnler auf den Plan. Unter dem Mantel der Krisenbewältigung bleibt viel Platz für allerlei Allmachtsphantasien.

Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy träumte umgehend von einer „europäischen Wirtschaftsregierung“ – natürlich unter maßgeblichem Einfluß Frankreichs. Einen europäischen Bankenrettungsfonds hätte er auch gern gehabt. Daß er damit vorerst abgeblitzt ist, heißt nicht, daß der Plan nicht weiter verfolgt wird. Aus Berlin kommt allenfalls hinhaltender Widerstand.

Auch EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso läßt sich da nicht lumpen und verkündet ein „europäisches Konjunkturprogramm“ von 200 Milliarden Euro. Zwar ist das vor allem eine Ermunterung zu nationalen „Konjunkturprogrammen“ auf Kredit, für die Barroso letztlich den Stabilitätspakt für die Euro-Währung opfert. Schlimm genug – die weitere Aufweichung des Euro wird vor allem die wirtschaftsstarken Länder wie Deutschland viel kosten.

Dennoch hat die Krise die Grenzen der europäischen Integration gezeigt. Wenn es um Kernfragen, wie die Stabilisierung ihrer Volkswirtschaften geht, liegen die Interessen der Nationalstaaten weit auseinander. Sie können sich zwar untereinander abstimmen, aber sie bleiben die letzte Instanz des Handelns und der Verantwortung. Und dabei soll es nach Meinung der Republikaner auch bleiben.

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

das zurückliegende Jahr mit seinem beispiellosen Durcheinander hat dazu geführt, daß die im Landtag vertretenen Parteien mehr oder weniger ihre Glaubwürdigkeit verloren haben. Sie haben gezeigt, daß es ihnen nicht um das Wohl des Landes und seiner Bürger geht, sondern nur um die Macht, um Ministerposten und Geld.

Hessen braucht dringend Abgeordnete, die zu ihren Wahlversprechen stehen und feste Prinzipien haben. Wir Republikaner setzen uns seit mehr als 20 Jahren unbeirrt vom linken Zeitgeist für deutsche Interessen und konservative Werte ein – dies wollen wir auch im Landtag tun.

Haymo Hoch, Landesvorsitzender

Garantiert demokratisch und verfassungstreu:

Die Republikaner

Unser Staat und unsere Demokratie werden von vielen Seiten bedroht: Von gewaltbereiten Linksextremen, die jeden Andersdenkenden niedermachen, von linken Chaoten, Stasi-Kadern und ewiggestrigen Kommunisten, die ungeniert wieder nach der Macht greifen, von islamischen Fundamentalisten, die uns ihre Regeln aufzwingen wollen und nicht selten auch vor Terroranschlägen nicht zurückschrecken.

Wer solche unbequemen Wahrheiten ausspricht, eckt an. Jahrelang hat man versucht, die Republikaner in die rechts-extreme Ecke zu stellen, um sie mundtot zu machen. Die Republikaner haben sich davon nicht beirren lassen und sich beharrlich vor Gericht gegen die diffamierende Nennung in den Verfassungsschutzberichten gewehrt. Mit Erfolg: Inzwischen wurden die Republikaner aus dem Bundesverfassungsschutzbericht und aus den VS-Berichten Hessens und anderer Bundesländer gestrichen. Auch die Beobachtung der Partei wurde eingestellt.

Damit ist sozusagen amtlich bestätigt: Republikaner sind keine Extremisten, im Gegensatz zur Linkspartei, die zu Recht weiterhin in den Verfassungsschutzberichten enthalten ist.

Eine echte Alternative für Hessen

Sie kämpfen gegen den Linksruck in Hessen:

Die Republikaner treten am 18. Januar 2009 zur vorgezogenen Landtagswahl in Hessen an.

Die Landesliste wird zum vierten Mal in Folge von dem Landesvorsitzenden Haymo Hoch angeführt. Die 17 Kandidatinnen und Kandidaten der Republikaner bilden einen soliden Querschnitt durch alle sozialen Schichten und Regionen – eine Mannschaft, die im Landtag in der Lage sein wird, gute Arbeit zu leisten.

„Unser Hauptziel ist, einen weiteren Linksruck in Hessen zu verhindern“, erklärt der Spitzenkandidat Hoch. Angesichts einer zerstrittenen und orientierungslosen SPD und eines Ministerpräsidenten Koch, der sich um des Machterhalts willen sogar mit den Grünen einlassen würde, ist das für Hessen und seine Wirtschaft die größte Gefahr.

Aber auch sonst liegt einiges im argen: Das Bildungswesen, das SPD und CDU gemeinsam jahrzehntelang ruiniert haben, muß wieder in Ordnung gebracht werden,

mit einem klar gegliederten Schulsystem und Leistungsförderung statt Ideologie. Die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf acht Jahre war ein Fehler, den die Republikaner korrigieren wollen. Die mittelständische Wirtschaft braucht dringend Entlastung durch Entbürokratisierung und Verminderung der Abgabenlast.

Und nicht zu vergessen: Die wachsende Jugend- und Gewaltkriminalität muß entschlossen bekämpft werden – ohne durchsichtige Wahlkampfmanöver. Statt Multi-Kulti-Phrasen brauchen wir klare Konzepte gegen die Ghettobildung in den Städten und gegen die schleichende Islamisierung unseres Landes.

Die Republikaner sind bereit, diese Herausforderungen anzunehmen.

Auf die Zweitstimme kommt es an!

Auf diese Politiker können Sie sich verlassen:

Die ersten sechs Plätze der Kandidatenliste der Republikaner für den hessischen Landtag



Haymo Hoch

55 Jahre,
Regierungsdirektor,
Zwingenberg



Mark Olaf Enderes

45 Jahre,
Jurist,
Wiesbaden



Michael Langer

46 Jahre,
Kaufmann,
Frankfurt am Main



Frank Marhauer

51 Jahre,
Forstbeamter,
Steinau an der Straße



Hans-Joachim Münd

46 Jahre,
Diplom-Ingenieur,
Offenbach am Main



Stephan Rüsge

49 Jahre,
Oberregierungsrat,
Vellmar

Pisa und die unbequemen Wahrheiten

Das hessische Schuldebakel ist nicht zuletzt ein Einwanderungsproblem. Das steht in dem Teil der neuesten Pisa-Studie, den die Bildungspolitiker der Altparteien nicht so gerne lesen.

Betrachtet man nur die Schüler „ohne Migrationshintergrund“, liegt Hessen nämlich fast gleichauf mit den erstplatzierten Sachsen und nicht im hinteren Drittel. Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und selbst Berlin würden ohne Berücksichtigung der Ausländerkinder die Sachsen sogar überholen. Dort beträgt der Einwandereranteil gerade mal drei Prozent, in Hessen weit über zwanzig.

Natürlich wissen unsere rot-grün-linken Bildungsideologen trotzdem alles besser. „Wenn wir viele Migranten in Hessen haben, haben diese auch viel zum Wohlstand beigetragen. Da muß man sie auch entsprechend fördern“,

phantasiert der neugewählte hessische Landesvorsitzende der Lehrgewerkschaft GEW, Jochen Nagel. **Wo lebt der Mann?**

Die schönsten und teuersten Förderprogramme helfen nämlich nichts, wenn die Integrationsverweigerer in den Parallelgesellschaften sie ignorieren. Daran könnte auch die Einführung der Einheitsschule nichts ändern, die am Ende nur das Niveau zu Lasten der leistungswilligen Schüler weiter absenkt, und auch nicht die tausend neuen Lehrer des Herrn Koch.

Ein Großteil der Probleme im hessischen und deutschen Bildungswesen ist hausgemacht durch jahrzehntelange falsche Einwanderungs- und Integrationspolitik. Da müssen wir anpacken, damit es mit den Schulen wieder aufwärts geht.

Absender nicht vergessen !

Name


Straße

PLZ/Ort

Telefonnummer

- Ich wünsche weitere Informationen.
- Ich möchte Mitglied werden.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.

Nutzen Sie Ihren Informationsgutschein!

 Einfach ausschneiden, ausfüllen, einküvertieren und absenden an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER
Landesverband Hessen
Mühlheimer Str. 107, 63075 Offenbach

Impressum

DIE REPUBLIKANER, Landesverband Hessen
Mühlheimer Str. 107, 63075 Offenbach
Tel. (069) 86 68 89, Fax (069) 86 77 74 22
E-Mail: hessen@rep.de
Internet: www.rep-hessen.de
V.i.S.d.P.: Haymo Hoch

Unzufrieden mit der Politik in Deutschland?

Sie wollen etwas ändern? Dann tun Sie's mit uns:

Was wir dazu dringend benötigen und worum wir Sie ganz herzlich bitten, ist die **größtmögliche Finanzhilfe zur Förderung unserer Wahlanstrengungen**. Nur mit Ihrer Hilfe können wir uns gegen die Übermacht der linken Parteien- und Medienmacht durchsetzen. (Spenden sind steuerlich absetzbar!)

Wenn Deutschland noch eine rechtskonservative Zukunft haben soll, dann gibt es nur eine Alternative:

DIE REPUBLIKANER REP
Spendenkonto Nr. 847 470
Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 502 01)

Nur bei Angabe der vollständigen Anschrift, kann eine Spendenbescheinigung ausgestellt werden.

**RICHTIGE
EHRliche
POLITIK**